

Hiroshima mahnt

Zehntausende starben bei Abwurf von US-Atombombe. 73 Jahre später wird in BRD über Beschaffung nuklearer Waffen diskutiert

Jan Greve

Ein historischer Tag, dessen Aktualität nicht zu übersehen ist: Am Montag ist den Opfern des ersten Atombombenabwurfs vor 73 Jahren gedacht worden, in dessen Folge die japanische Großstadt Hiroshima dem Erdboden gleichgemacht wurde. Ministerpräsident Shinzo Abe sprach bei einer Zeremonie anlässlich des 6. August 1945 davon, sein Land wolle sich an die Spitze der Abrüstungsbemühungen der internationalen Gemeinschaft stellen. Seine Worte machen deutlich: Der Kampf für eine atomwaffenfreie Welt ist noch lange nicht zu Ende.

Einen unrühmlichen Beleg für die Aktualität der Debatte lieferte jüngst ein Mann der Wissenschaft namens Christian Hacke. Der Politologe sprach sich Ende Juli in einem Beitrag im Springerblatt *Welt am Sonntag* dafür aus, die Bundesrepublik müsse atomar aufrüsten. Durchaus konsequent: In Zeiten, in denen Aufrüstungspläne längst Regierungshandeln bestimmen, braucht es für Bellizisten wohl neue Forderungen.

Was nukleare Waffensysteme anrichten können, lässt sich an den Zahlen aus der Vergangenheit erahnen. Etwa 140.000 Menschen fielen dem Angriff des US-Militärs am 6. August 1945 zum Opfer – entweder unmittelbar durch die Druck- und Hitzewelle oder im Verlauf der folgenden Monate aufgrund der Verstrahlung. Nur drei Tage später wurde eine weitere US-Atombombe über Nagasaki abgeworfen. Dabei starben rund 70.000 Menschen. Unter den Spätfolgen der radioaktiven Strahlung leiden noch heute Tausende Menschen.

Nukleare Waffen sind nach wie vor der Faustpfand US-amerikanischer Außenpolitik. Unter der Fahne des Militärbündnisses NATO hat die Großmacht Dutzende Atombomben in europäischen Ländern stationiert – darunter nach inoffiziellen Angaben auch etwa 20 im rheinland-pfälzischen Büchel. An dem dortigen Fliegerhorst der Bundeswehr fand am Montag anlässlich des Gedenkens an Hiroshima eine Kundgebung statt, zu der auch mehrere Abgeordnete der Partei Die Linke anreisten. Andrej Hunko, europapolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, betonte am Montag im Gespräch mit *jW*, die Bedrohung durch atomare Waffen sei aktueller denn je. In Büchel etwa werde »verharmlosend« über eine angebliche »Modernisierung« der Waffensysteme gesprochen. Hunko kritisierte, es gehe vielmehr darum, die dort stationierten Waffen zu erneuern und mit Lenkausrichtung auszustatten, um dann den Bombenabwurf von Bundeswehrsoldaten trainieren zu lassen.

Solche Vorhaben seien angesichts wichtiger Prozesse auf internationaler Bühne »absurd«, so Hunko. Gemeint ist der vor gut einem Jahr von mehr als 120 UN-Mitgliedsländern unterzeichnete Atomwaffenverbotsvertrag. Die Bundesregierung verweigert beharrlich ihre Unterschrift. Das Beispiel zeigt: Die politische Agenda Berlins (wie Brüssels) gibt derzeit wenig Anlass für Hoffnung. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) etwa treibt als »europäische Integration« getarnte Militarisierungspläne der EU voran (neue Kampffjets, Kampfpanzer, Kampfdrohnen), in enger Kooperation mit dem Nachbarn aus Paris. Ist der »Brexit« mit dem EU-Austritt Großbritanniens erst einmal vollzogen, kommt auf Frankreich die Rolle als einzig verbliebene Atommacht des Staatenbundes zu. Deutsche Regierungsmitglieder wie Außenminister Heiko Maas (SPD), die die »nukleare Teilhabe« hochhalten, scheinen angesichts dessen ungeduldig mit den Hufen zu scharren.

<https://www.jungewelt.de/artikel/337390.atomwaffen-hiroshima-mahnt.html>